

Die von Ratspräsident C. Michel vorgeschlagene Tagesordnung umfasst 5 Punkte:

1. **Bekämpfung der PANDEMIE.** Dazu gehören:
 - die Beschaffung von medizinischer Ausrüstung,
 - Stand der Impfstoff-Forschung.
2. **Rückholung von EU-Bürgern** soll möglichst koordiniert erfolgen.
3. **Koordinierung der wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen.** Wahrscheinlich wird der ESM eine sogenannte „enhanced conditions credit line“ (ECCL) einrichten. Sie wäre bestimmt für Euro-Staaten, die mit der jetzt beginnenden Wirtschaftskrise allein nicht fertig werden. Bisher habe aber noch kein Euro-Staat die Absicht erkennen lassen, einen Kreditantrag beim ESM zu stellen, heißt es im BMF. Die EU-Finanzminister hatten das bereits gestern Nachmittag diskutiert, eine Entscheidung darüber aber den Regierungschefs überlassen.
4. **Aufrechterhaltung des Warenverkehrs und die Gewährleistung des Grenzübertritts für Pendler**, die durch einseitige Grenzsicherungen erschwert werden. Die durch Grenzkontrollen verursachten Lieferprobleme müssten „dringend gelöst“ werden. Für LKW sollten überall eigene, sogenannte „grüne“ Fahrspuren eingerichtet werden. Und für EU-Bürger, die wegen geschlossener Grenzen nicht in ihr Heimatland zurückkehren könnten, müsse eine „adäquate Lösung“ gefunden werden.
5. Maßnahmen sollen diskutiert und vorbereitet werden, um zu einem **„normalen Funktionieren der Gesellschaft und nachhaltigem Wachstum zurückzukehren“**, und dabei die Lehren aus der Krise zu ziehen, heißt es im Entwurf der Abschlusserklärung des Gipfels. „Wir müssen die nötigen Maßnahmen vorbereiten für eine Rückkehr zu einem normalen Funktionieren unserer Gesellschaften und zu einem nachhaltigen Wachstum“ der Volkswirtschaften.“

Am Ende der Erklärung heißt es, dass die EU sich auf das Leben nach der Krise vorbereiten müsse. Man benötige eine **„Exit-Strategie“**, einen **„umfassenden Erholungsplan“** für die Wirtschaft, sowie Investitionen auf „nicht dagewesenem Niveau“. Die EU-Kommission solle einen entsprechenden „Fahrplan für den Wiederaufbau“ begleitet von einem „Aktionsplan“ ausarbeiten. So lautet der Vorschlag von Ratspräsident C. Michel, der mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula v. d. Leyen abgestimmt ist.